

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 4.50 Mk., durch unsere Ausläufer gezogen in der Stadt monatlich 3 Mk., auf dem Lande 3.25 Mk., durch die Post bezogen monatlich 3.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Personalausgaben und Postkosten sowie unsere Ausläufer und Geschäftsstellen nehmen lebhaften Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist bei den Bestellern kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktionspreis 4 Mk. für die 6geheften Korrespondenz oder deren Name, Familien, die 2spaltige Korrespondenz 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlässe. Bestellungen in den ersten Teil nur von 1. bis 15. März, die 2. Teil bis 1. April. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis 1. April 10 Uhr. Für die Nachweise der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenschreiber ist verpflichtet, wenn der Auftrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 176.

Sonnabend den 30. Juli 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Rugholzversteigerung

im Gantheim zum Amtehof in Tharandt, **Mittwoch den 10. August 1921** vorm. 10 Uhr: 1189 w. Stämme 10/30 u. m. cm, 2 h. Stämme 21/23 cm, 89 w. Röh.

### Tharandter Staatsforstrevier

8/30 u. m. cm u. 19 h. Röhde 16/30 u. m. cm; Röhdehölz in Abt. 3 und Einzelhölzer in Abt. 1, 2, 4, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 18, 22 bis 26, 29, 31, 33, 34, 35 u. 37. Forstrevierverwaltung und Forstrentamt Tharandt.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reichsregierung hat weitere Kreditverträge für Getreideanbau in Holland mit 2 Millionen Gulden und in Dänemark mit 2 Millionen Kronen abgeschlossen.
- \* Die Staatsregierung für Groß-Britannien erklärte infolge Ablehnung des Grundbesitzgesetzes ihren Rücktritt.
- \* Der amerikanische Vorkämpfer Harben soll ersucht werden, von seiner Regierung die Zustimmung für die Abgabe eines Schiedspruches in der obersteleischen Frage einzubohlen.
- \* Im englischen Oberhaus teilte ein Regierungsmitglied mit, die Regierung beabsichtige, eine Volksabstimmung in Irland vorzunehmen zu lassen, falls keine andere Regelung möglich erscheine.
- \* Der Fehlbetrag im Haushaltsplan Italiens für das Rechnungsjahr 1920/21 beträgt 10 Milliarden 300 Millionen Lire.
- \* Die amtliche polnische Presseagentur meldet, die Gerichte über russische Kriegsverbrechen gegen Polen und Rumänien entscheiden jeder Grundlage.
- \* Zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien wurde Dr. Arturo Bernardes, zum Vizepräsidenten Dr. Urbano Santos gewählt.
- \* Der Beginn der Abrüstungskonferenz in Washington soll auf den 1. November d. J. festgesetzt worden sein.

### Politik und Menschlichkeit.

Wenn es in früheren Jahrhunderten manchmal vorkam, daß der Gang der Weltgeschichte von großen Naturereignissen maßgebend beeinflusst wurde, daß z. B. Feldzüge durch den Ausbruch verheerender Krankheiten, durch Hungernöte, ja sogar durch Erdbeben oder große Kälte zum Stillstand gebracht wurden, und damit Mächte, die der Einwirkung des menschlichen Willens entzogen sind, maßgebend in das Rad der menschlichen Geschichte eingriffen, so scheint heutzutage der Einfluß solcher übermenschlichen Gewalten, in denen man gewöhnlich eine Weisheit Gottes erblickt, nicht mehr die gleiche Kraft zu besitzen. So tritt auch angesichts des fürchterlichen Naturereignisses der großen russischen Winter, der zur Seite die schreckliche Landplage der Cholera geht, die Politik keineswegs so weit in den Hintergrund, daß der Gedanke der Menschlichkeit wirklich allein das Feld allein beherrschen könnte. In Rußland selbst und vor allem in den anderen Staaten, die zur Hilfeleistung berufen sind, werden sehr ernsthafte politische Erörterungen darüber geführt, ob und wie man den bedrängten Russen zu Hilfe kommen kann.

Daß die Not in Rußland außerordentlich groß ist, kann nach den vorliegenden Meldungen keinem Zweifel unterliegen. Nach monatelanger Dürre sind vom Südwesten bis in den Nordosten Rußlands neuerdings starke Regengüssen niedergegangen, aber sie haben der Ernte nur noch mehr geschadet als genützt, denn sie kamen zu spät, und das bereits reife Getreide beginnt nun auf den Dalmen zu weichen. Zwar sind große Hungersnöte auch in der Geschichte der jüngsten Zeit keine Seltenheit. Besonders aus dem so überaus volkreichen China kommen fast alle paar Jahre Mitteilungen über Hunger, denen viele Tausende von Menschen zum Opfer fallen. Während aber dort infolge der weiten Entfernungen und der primitiven Verkehrsverhältnisse europäische Hilfsaktionen kaum einen Sinn haben, liegt uns das europäische Rußland als nächster Nachbar doch so unmittelbar vor den Türen, daß das ganze übrige Europa zum mindesten den Versuch macht, Hilfe zu bringen.

Während im Anfang dieser Hilfsbewegung nur die Vertreter des geistigen Lebens als berufene Hüter der Humanität das Wort zum Ruf an die Völker ergreifen, treten jetzt die Politiker stärker in den Vordergrund, und es zeigt sich sofort, daß sowohl die Frage, ob überhaupt Hilfe geleistet werden kann und soll, als auch die verschiedenen Wege, auf denen das geschehen könnte, sehr starken Meinungsverschiedenheiten unterliegen. Daran ist in erster Linie der Umstand schuld, daß Rußland eine in der Welt vorläufig noch vereinsamte dastehende Regierungsform besitzt, die dieses Meeresreich in einen schwer zu überwindenden Gegensatz zu allen anderen Staaten bringt, besonders weil der in Rußland herrschende Bolschewismus in seinem Ausdehnungsdrange eine ständige Gefahr für alle anderen Staatswesen bildet. So tauchte sofort der Gedanke auf, daß man jede Hilfe für Rußland von gewissen Bedingungen abhängig machen müßte, welche die von der Sowjetpropaganda ausgehende Bedrohung der politischen Ruhe der Welt eindämmen könnte. Einer politischen Kritik wird jetzt auch der Ruf Maxim Gorkis unterworfen, indem die Klage eines seiner russischen Volksgenossen ans Licht gezogen wird, nachdem der Gott nicht als der einwandfreie Verfechter humaner Ideale erscheint, sondern als ein Politiker, der sehr wohl wissen möchte, daß alle Opfer, die möglichstweise von den

anderen Völkern für die Russen gebracht würden, nicht dem noleidenden Volke selbst, sondern den Sowjetgewaltigen, den Peinigern dieses armen Volkes, zugute kommen würden. Von anderer Seite wird in ähnlicher Weise der Gedanke vertreten, daß es geradezu ein politischer Fehler wäre, der Sowjetregierung, die in dieser Hungersnot zum ersten Male einen Feind finde, dem sie nicht aus eigener Kraft gewachsen sei, durch eine Hilfsaktion wieder auf die Beine zu helfen. Zur Unterstützung dieses Standpunktes wird erklärt, daß es überdies eine Unmöglichkeit wäre, eine solche Hilfsaktion durchzuführen, da die Unsicherheit des Verkehrswezens in Rußland gar nicht gestatte, die nötigen Nahrungsmittel an die Stellen zu bringen, wo sie wirklich gebraucht werden. Besonders die Bolgadeutschen würden unter diesen Umständen vielleicht nie etwas davon erfahren, daß ihre deutschen Stammsbrüder für sie gesammelt und gespart haben.

Vom entgegengelegten Standpunkte aus, also von denjenigen Kreisen, die der Sowjetregierung freundlich gegenüberstehen, wird das Problem der Hilfsaktion ebenfalls mehr unter politischem als unter rein menschlichem Gesichtswinkel betrachtet. So wollte die kommunistische Partei Deutschlands eine Sonderaktion der deutschen Arbeiterkraft für die noleidenden Russen einleiten, und sie begründete das damit, daß mit dieser Hilfsaktion zugleich eine Abwehr gegen etwaige reaktionäre Umwälzungsversuche in Rußland verbunden sein müsse. Dieser Plan ist am Widerspruch der anderen sozialistischen Parteien gescheitert, die nur an der allgemeinen sozialistischen Hilfsunternehmung teilnehmen wollen. Ob der Vorschlag, daß jeder Arbeiter einen Tageslohn im Monat oder auch einen Stundenlohn in der Woche für die Russen abstellen solle, zu einem Ziele führt, muß abgewartet werden. So schwankt der große Gedanke der Hilfe für die unter Krankheit und Hunger leidenden Russen — von der Parteien Gunst und Haß verwirrt — durch die politischen Diskussionen unserer Tage. Die Aufgabe der europäischen Regierungen wird es sein, sich von diesen teilweise extremen Erörterungen nicht verwirren zu lassen und nach Möglichkeit den Gedanken der Menschlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Daß dabei aber auch darauf Bedacht genommen werden muß, gewisse Garantien dafür zu erhalten, daß die Hilfsaktion wirklich ihren Zweck erfüllt und nicht von der Sowjetregierung auf andere unerwünschte Weise abgeleitet wird, ist selbstverständlich, denn das liegt sowohl im Interesse der noleidenden, wie auch im Sinne der Selbsterhaltung der hilfeleistenden Völker.

### Im Zergarten von Paris.

Oberster Rat und Truppenentscheidung. Wer sich in diesen entscheidungsvollen Tagen durch die Flut von Nachrichten durchgearbeitet hat, die fast stündlich aus Paris und London über die diplomatischen Verhandlungen wegen der Zusammenkunft des Obersten Rates zur Beschlußfassung über das Schicksal Oberstelebens eintrösten, der muß nach allem heißen Bemühen, einen klaren Überblick über die wirkliche Lage zu gewinnen, wohl bald eingesehen, daß er, wie weilsand der Doktor Faust, so klug ist als die Zwerge.

Wenn bisher als vorläufiges Ergebnis der Unterhandlungen angenommen werden konnte, daß der Oberste Rat am 4. August zusammen zu kommen und bis dahin seine neuen Truppen nach Oberstele... geschickt werden sollten, um dem Obersten Rat auch über diese Frage die Entscheidung vorzubehalten, so erfährt man jetzt, daß diese Vereinbarungen noch keineswegs als endgültig angesehen werden können. Vielmehr hat der französische Vorkämpfer in London bei Lord Curzon einen neuen Schritt unternommen. Er erklärte, daß die französische Regierung den Zusammenritt des Obersten Rates für unmöglich halte, solange die Verstärkungen nicht abgesprochen seien. Diese Erklärung würde die gesamten Einigungsverhandlungen natürlich wieder auf ihren Anfangspunkt zurückwerfen, wenn man sie ganz ernst nehmen und in ihr nicht vielmehr nur einen Versuch erblicken wollte, wenigstens nach außen hin (und besonders gegenüber der französischen Öffentlichkeit) den Schein zu wahren, als ob Frankreich unerklärlich für richtig erkannten Standpunkte verharre. Dieses ganze Durcheinander beweist, daß

von einer Klärung der Situation nicht die Rede sein kann. Ein ganz neuer Gedanke, der die Verwirrung höchstens noch größer macht, liegt wieder in der Meldung, daß Ministerpräsident Briand noch vor dem 4. August eine Zusammenkunft mit Lloyd George haben werde. Vielleicht soll das ein Hinweis auf die Wunde sein, die den Franzosen durch die Mitteilung geschlagen wurde, daß Lloyd George selbst nicht zur großen Konferenz kommt. Zur Beruhigung darüber läßt jetzt Lloyd George erklären, er habe endgültig beschlossen, wäh-

rend seiner Ferien nicht nach dem Auslande zu gehen. Die irischen Angelegenheiten zwingen ihn, in England zu bleiben. Aber selbst das steht noch nicht fest! Infolge der neuen Einwände Frankreichs, die in London allgemeine Enttäuschung verursacht haben, wird Lloyd George möglicherweise der Tagung des Obersten Rates doch noch beiwohnen. Er werde sich wahrscheinlich erst im letzten Augenblick endgültig entschließen.

### Der Bericht der Kommissare.

Die französische Regierung hat einen Auszug aus der gemeinsamen Note der drei alliierten Kommissare von Opein veröffentlicht. In diesem französischen Auszug wird gesagt, daß die Erregung so lange fort dauern werde, wie der Zustand der Unsicherheit, in dem sich das Land befinde. Ja, man müsse mit einer Verschlimmerung rechnen. Die Enttarnung durch die alliierten Behörden habe weder nach der einen noch nach der anderen Seite durchgeführt werden können. Jede Partei befürchte Angriffe der anderen. Die Kommissare kommen zu folgenden Schlüssen:

1. Die Lage in Oberstelefen sei ernst und verdiene die sofortige Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen.
2. Die Lage werde so lange unsicher bleiben, als nicht eine gerechte, von beiden Parteien verlangte Entscheidung getroffen sei.
3. Die der Kommission zur Verfügung gestellten Streitkräfte seien ungenügend, nicht nur, um eine neue Erhebung zu verhindern, sondern auch, um in bisheriger Weise die Ordnung im Abstimmungsgebiet aufrecht zu erhalten. Die drei Oberkommissare lägen hinzu, wenn die Mächte ihre Entscheidung aufschöben, würde die Entsendung von Truppen noch nötiger und dringender werden.

Diesem Auszug aus dem Bericht sieht man auf den ersten Blick an, daß er aus französischer Quelle stammt, denn er entnimmt dem Bericht offensichtlich nur alle diejenigen Stellen, die den französischen Wünschen entsprechen. Britische Beobachter berichten ganz andere Dinge. So wird z. B. von Engländern gemeldet: Ihre Legation seien durch einen polnischen Polizisten genau geprüft worden, während sechs Lastautomobile, beladen mit Munition für die Aufständischen, ungehindert passierten. Der Ausschuß der Sachverständigen, der jetzt in Paris seine Vorbereitungen ausführt, muß diese vor dem 4. August beenden. Aber es erscheint zweifelhaft, ob dies möglich sein wird, da das Material äußerst umfangreich ist. Nicht weniger als fünf verschiedene Vorschläge zur Regelung der Grenzen sind der Kommission zur Prüfung unterbreitet worden.

### Amerikanische Vermittlung?

Um einen Ausweg zu finden, soll jetzt eine sehr hohe Persönlichkeit Frankreichs den amerikanischen Vorkämpfer in Paris, Herrick, gefragt haben, ob eine Möglichkeit für eine Vermittlung der Vereinigten Staaten bestehe. Nach einer Beratung der amerikanischen Vertreter in London, Paris und Berlin sei ein Telegramm an den Präsidenten Harding gesandt worden, in dem gefragt wurde, ob Harvey, der amerikanische Vorkämpfer in London, an der Sitzung des Obersten Rates teilnehmen dürfe, und zwar nicht nur als Beobachter, sondern als Delegierter. Ob es sich bei dieser Meldung um einen ernsthaften diplomatischen Schritt handelt oder nur um ein kleines Verhütungspulver für die erregten Gemüter, müssen die nächsten Tage lehren.

In Berlin sieht man der Entwicklung der Dinge ruhig und beobachtend gegenüber. Selbstverständlich stehen unsere Vorkämpfer in London, Paris und Rom mit den dortigen Regierungen in ständiger Fühlung, vermeiden aber alles, was zur weiteren Verärgerung der Gegenseite beitragen könnte, da ein ernster englisch-französischer Konflikt keineswegs im deutschen Interesse liegt, denn ein geordneter Beschluß kann nur in einer Atmosphäre der ruhigen Überlegung gefaßt werden. Alle Meldungen von neuen Notizen, die zwischen Berlin und der Entente gemischt worden seien, sind unrichtig. Es handelt sich in allen Fällen nur um mündliche Beredungen.

### Polnische Truppenansammlungen.

„Vorherrschaftsmäßige“ Gemeindegewachen. Im Kreise Rosenbergs werden seit einigen Tagen jenseits der Grenze einwandfrei ziemlich starke polnische Truppenansammlungen beobachtet. Die Lage im Kreise Pleß ist außerordentlich unsicher und bedrohlich. Die neuen Gemeindegewachen sind fast überall eingerichtet, und zwar durch einen französischen Kapitän. Gemaltige Insurgenten gehören in fast allen Orten den Gemeindegewachen an. In Oranowitz ist der Führer der Gemeindegewache ein Pole, der als Kompanieführer an der Jurgentfront gefangen hat. Als der französische Kapitän darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Vor-